

Carving-Post.

Telefon 707.

Bezugspreis: Monatsabonnement RM. 1,75 einschl. Trägerlohn, Wochenkarte 41. S. — Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag Kurt Ebbke, Bad Homburg v. d. H.

Anzeigenpreise: Die 6 gespalt. 43 mm breite Nonpareilzeile 15 S., auswärts 20 S., im Heftmeteil 92 mm breit 50 S. Einzelnummer 15 S.

Homburger Lokalblatt.

Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nummer 40

Donnerstag, den 17. Februar 1927

2. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Nach Abbruch der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat die polnische Delegation Berlin verlassen.

— Der Nachfolger des verstorbenen Abg. Müller-Franken von der Wirtschaftspartei wird im Preussischen Landtag voraussichtlich der Berliner Stadtverordnete Colloster sein.

— Nach dem Beschluß des französischen Ministerrats ist der Höchstsatz für den arbeitslosen Familienvater von 4,50 auf 5 Franken täglich erhöht worden, für die Ehefrau und jedes Kind unter 16 Jahren auf 2,50 Fr., der Gesamtbeitrag einer Unterstützung von 12 auf 16 Fr.

— Die französische Regierung bringt in ihrer Antwortnote auf das amerikanische Memorandum betreffend die Seebestellung zum Ausdruck, daß der amerikanische Vorschlag von der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes geprüft werden müßte.

— Die französische Kammergruppe, die die Interessen der Produzenten und Exporteure verderblicher Lebensmittel vertritt, hat an den Handelsminister das dringende Ersuchen gerichtet, das provisorische deutsch-französische Handelsabkommen sofort zu erneuern.

— In einem Telegramm an den amerikanischen Journalisten Elisevier Wierck hat der ehemalige deutsche Kaiser erklärt, daß er nicht den Plan hege, nach Berlin zurückzukehren.

Die Mandatsfrage.

Eine nicht nur sehr interessante, sondern für Deutschlands Zukunft auch höchst wichtige Frage ist im englischen Unterhaus aufgeworfen worden und zwar die Frage der Kolonialmandate.

Und zwar fragte in der letzten Sitzung des englischen Unterhauses der Abgeordnete Ramsden den Premierminister Baldwin, ob ihm bekannt sei, daß der Gouverneur des Tanganjika-Gebietes in einer Rede gelegentlich der Eröffnung des gesetzgebenden Rates erklärt habe, Tanganjika sei ein Teil des britischen Reiches und würde das auch bleiben. Ramsden knüpfte daran die weitere Frage, ob das auch die von der Regierung vertretene Ansicht sei. Kolonialminister Amery erklärte hierauf, die betreffende Stelle beziehe sich auf den allgemeinen Standpunkt, den der Gouverneur in dem ersten Teile seiner Rede zum Ausdruck gebracht habe. Er habe dabei mit Recht betont, daß Tanganjika Mandatsgebiet sei, unter britischer Kontrolle stehe und daß keine Möglichkeit vorhanden sei, daß diese Kontrolle aufgehoben werden könnte. Es sei nicht inoffiziell gewesen, daß der Gouverneur das Tanganjika-Gebiet als ein Teil des britischen Reiches bezeichnet habe, insofern er diese Wendung rednerisch auf das ganze Gefüge der Verwaltung bezog, die man gewöhnlich so bezeichne. Weder Mandatsgebiete noch Protektorate seien britische Territorien in dem Sinne, daß die Bewohner dieser Gebiete britische Staatsbürger würden.

Ramsden richtete darauf an den Kolonialminister die Frage, ob ihm bekannt sei, daß die Mandatsgebiete vom Völkerbunde verteilt worden seien und daß dieser sie auch wieder zurücknehmen könne. Ramsden fragte weiter, ob es unter diesen Umständen richtig sei, zu sagen, daß keine Möglichkeit bestünde, daß das Mandatsgebiet wieder aufgegeben würde. Amery antwortete: Das eben gerade ist nicht der Fall. Die betreffenden Gebiete wurden von den alliierten und assoziierten Mächten vergeben. Das Mandat ist eine Verpflichtung, die wir dem Völkerbund gegenüber eingegangen sind. In keiner Weise stellen die Mandatsgebiete aber eine Art Besitz dar, den wir vom Völkerbund erhalten haben. Der Völkerbund ist daher auch nicht in der Lage, diese Mandatsgebiete weiter zu übertragen oder den gegenwärtigen Mandatsmächten zu entziehen.

Es ist eine alte Geistesfrage einer jeden englischen Regierung, auf etwaige peinliche Fragen eine indirekte Antwort zu geben, gewissermaßen, wie die Rede um den heißen Brei herumzugehen. Diesmal ist man aber ziemlich deutlich geworden. Denn die englische Behauptung von der Endgültigkeit der Kolonialmandate richtet sich lediglich gegen Deutschlands berechtigten Kolonialwünsche. Darüber ist aber trotz allem das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Französischer Chauvinismus.

Für Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung.

Die französische Patriotenliga hat in Paris eine Kundgebung zugunsten der Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung abgehalten.

Nach dem „Echo de Paris“ vertreten sämtliche Redner den Standpunkt, daß die Besetzung der Rheinlande das beste Sicherheitsunterpfand Frankreichs sei. Der erste Redner, Michelin, beschäftigte sich insbesondere mit dem Gastrieg der Zukunft. Er behauptete, daß man ihn in Deutschland vorbereite, und forderte, daß Frankreich seinerseits sich darauf einrichte und für die gesamte Zivilbevölkerung Gasmasken anschaffen müßte. Alsdann sprachen zwei Generale. General Hirschauer betonte, solange Frankreich am Rhein sei, sei der Friede gesichert, da Deutschland nicht den Krieg auf seinem Boden haben könne.

Hierauf ergriff der ehemalige Kriegsminister Maginot das Wort. Er äußerte sich in demselben Sinne. Die General Hirschauer und schloß, um den Frieden zu erhalten, müsse Frankreich eine Armee haben, die, wenn nötig, in der Lage wäre, dem Gegner den Respekt dieses Friedens aufzuzwingen. Die Versammlung nahm alsdann eine Entschlieung an, in der zum Ausdruck kam, die Mitglieder der Patriotenliga, überzeugt davon, daß ganz Deutschland vom Revanchgeist befeelt, nicht aufhöre, sich zu organisieren und sich vorbereite um mit List oder mit Gewalt die völlige oder teilweise Aufhebung des Versailler Vertrages zu erlangen, fordere die Regierung auf, über der Durchführung sämtlicher Klauseln des Versailler Vertrages zu wachen.

Die Sicherheitsfrage.

Militärkontrolle und Rheinlandbesetzung.

In der belgischen Kammer beantwortete Außenminister Vandervelde eine Interpellation über die Aufhebung der Militärkontrolle in Deutschland.

Er gab zu, daß in Belgien wie in Frankreich die Genfer Beschlüsse über die Kontrollkommission und das Investitionsrecht nicht in allen Kreisen mit ungeteilter Genugung aufgenommen würden. Aber auch wenn man annehmen wollte, daß das Weiterbestehen der Kontrollkommission während einiger Monate einen praktischen Wert hätte haben können, dürfe man nicht vergessen, daß andererseits die Locarno-Verträge Belgien eine Garantie gaben, die es seit 1919 vergeblich zu erlangen bestrbt gewesen sei. Ueberdies sei von dem Tage an, an dem Deutschland erfüllt hatte, notwendigerweise das Investitionsregime an die Stelle der Kontrolle getreten.

Vandervelde fuhr fort: Es ist unrichtig, daß man sich in Genf über die vorzeitige Räumung des linken Rheinufer unterhalten habe. Diese Frage ist gegenwärtig auf diplomatisches Gebiet gestellt. Bei dem Wortlaut des Artikels 431 wird man gewiß immer behaupten können, daß Deutschland nicht allen seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Man wird sich in dieser Hinsicht aber auch großzügig zeigen können.

Alles wird von den Sicherheitsgarantien abhängen, die Deutschland insbesondere in bezug auf die demilitarisierte Zone wird geben können und geben wollen, vielleicht auch von einer endgültigen und allgemeinen Regelung der Reparationsfrage mit dem Problem der interalliierten Schulden, andererseits aber auch vom Grade des Vertrauens, das die Nachbarn Deutschlands in die Beständigkeit der republikanischen Einrichtungen werden haben können.

Die Abrüstung Deutschlands

entspricht — erklärte der Minister endlich — nach vielen Gesichtspunkten der Wirklichkeit, aber sieht man nicht auch die verborgenen Waffen und die militärischen Übungen bei den Sportverbänden und den patriotischen Verbänden sowie die Herstellung und Aufstellung von Kriegsgeschütz in den benachbarten Ländern, wie z. B. in Rußland? Entgegen der herrschenden Meinung messen jedoch diejenigen, die die Verantwortung für unsere nationale Verteidigung haben, diesem Zustand der Dinge keine übertriebene Bedeutung bei. Für die nächsten Jahre wird Deutschland, wenn es allein steht, wie es scheint als unfähig betrachtet werden müssen, an der Westfront Operationen und Offensiven entscheidenden Charakters zu unternehmen. Die feindlichen Entente-Mächte erreichten es, daß das Kriegsmaterial, das Deutschland nach dem Waffenstillstand besaß, vernichtet wurde. Es war indessen unmöglich, was schon Napoleon nach dem Frieden von Tilsit vergeblich zu verhindern suchte, nämlich daß Millionen von entwaffneten Mannschaften wieder zu einem Volk von Waffen gemacht und eines Tages neu bewaffnet werden könnten. Das Dilemma könne also in Zukunft folgendermaßen entschieden werden, daß die anderen Mächte ihre Streitkräfte auf das Maß der Reichswehr herabmindern oder der Vertrag wird hin- und hergeschoben und Deutschland beansprucht auch eine Armee zu besitzen, die die deutschen Landesgrenzen zu verteidigen vermag. Zwei Schlusfolgerungen ergeben sich: 1. Die sehr relative Wirksamkeit von Kontrollmaßnahmen, 2. entweder findet eine Abrüstung statt oder überhaupt nicht.

Der Gastrieg der Zukunft.

Die Forschungen werden fortgesetzt.

Im englischen Unterhaus wurde an den Premierminister die Frage gerichtet, ob angesichts der Empfehlung der Abrüstungskommission des Völkerbundes alle Unterstützung für private und amtliche Laboratorien, die sich mit der Erforschung von Giftgasen befassen, abgeschafft werden und ob die britische Regierung bereit sei, führend in dieser Frage vorzugehen und ein Gesetz einzubringen, das jedem — sei es Privatperson oder Militär — verbietet, Untersuchungen über Giftgase oder Bakterien anzustellen. Premierminister Baldwin erwiderte:

Wie man endgültig Sicherheit hat, daß alle Mächte bereit sind, ein derartiges Verbot anzunehmen, muß die britische Regierung Maßnahmen treffen, um in der Lage zu sein, sich gegen Angriffe mit Hilfe von Giftgasen und Bakterien zu verteidigen. Zu diesem Zwecke muß die Forschungsarbeit fortgesetzt werden.

Was den zweiten Teil der Anfrage betrifft, so ist es, so lange britische Untertanen Angriffen dieser Art ausgesetzt sein können, Pflicht der britischen Regierung, ihnen Schutz zu verschaffen. Niemand würde sich mehr freuen als ich, wenn das gesamte System der Giftgase usw. beseitigt werden könnte. Es sind aber noch nicht alle Nationen der Welt Mitglieder des Völkerbundes. Der Einfluß des Völkerbundes muß notwendigerweise in dieser Frage ein beschränkter sein, bis ein allgemeiner Völkerbund besteht.

Die Lage in Portugal.

Neue Zeitungsverbote.

Aus Lissabon wird noch gemeldet, daß gegen die wichtigste Zeitung Portugals, „Diário de Notícias“ besondere Maßnahmen getroffen seien, weil sie am 8. Februar eine von der Zensur nicht genehmigte Ausgabe ausgegeben hat. Sie ist nicht verboten worden, doch ist ihr Direktor Schwalbach ersezt worden durch Oberstleutnant de Vasconcellos, der bereits das offiziöse Organ Portugals leitet. Die Zeitung „Diário de Tarde“ wurde verboten.

Der Militärgouverneur von Lissabon hat ein Dekret unterzeichnet, in dem die höheren Offiziere, die an der revolutionären Bewegung teilgenommen haben, aufgefordert werden, sich unverzüglich im Hauptquartier zu melden, falls sie nicht wegen Desertion angeklagt und nach den Bestimmungen des Militärgesetzes bestraft werden sollen.

In Porto ist der Direktor der Zeitung „Diário de Porto“, Teixeira, während der Kämpfe durch eine in seiner Wohnung erodierte Granate getötet worden. Die Regierung hat ein Dekret ausgegeben, durch das die Auflösung der Polizei von Porto angeordnet wird.

Politische Tageschau.

— Einberufung des Auswärtigen Ausschusses. Blättermeldungen zufolge wird der Auswärtige Ausschuss des Reichstages sich auch mit dem Konflikt mit Polen beschäftigen. Zu Beginn der Sitzung wird der Ausschuss an Stelle des zum Reichstagsminister ernannten Abgeordneten Bergt einen neuen Vorsitzenden wählen. Wie die „Börsezeitung“ wissen will, werden die Deutschnationalen, denen der Posten des Vorsitzenden zusteht, voraussichtlich den Abgeordneten Professor Hochsch vorzuschlagen.

— Zur Forderung der Zwangswirtschaft in Preußen. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat zu der Verordnung des Wohlfahrtsministers über Forderung der Zwangswirtschaft vom November v. J. einen neuen Antrag eingebracht, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob durch Ausführungsbestimmungen angeordnet werden kann, daß auf Verlangen solcher Mieter, für welche die Aufhebung des Mietverhältnisses die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz bedeuten würde, das Mietverhältnis über den 31. März 1927 bis längstens 31. März 1928 verlängert werden kann, und zwar unter Festsetzung einer den heutigen oder den jeweiligen Verhältnissen entsprechenden angemessenen Miete, und, inwiefern ein wirksamer Schutz der Mieter gewerblicher Räume gegen eine etwaige Verwilderung durch den Vermieter erfolgen kann.

— „Fliegende Reichstagsabgeordnete“. Zwischen dem Reich und der Deutschen Luftflotte schweben, entsprechend einem Wunsche des Reichstages, Verhandlungen über die Gewährung von Freiflügscheinen nach dem Vorbild der Eisenbahnfreikarte an die Reichstagsabgeordneten. Im Reichstag hat sich seit einiger Zeit das Bestreben bemerkbar gemacht, auch das modernste Verkehrsmittel, das Flugzeug, für die Reisen des Abgeordneten dienstbar zu machen und das Reich zu veranlassen, für diese Freiflüge eine bestimmte Pauschale an die Deutsche Luftflotte zu zahlen, wie das bei der Eisenbahn und in gewissem Umfange auch bei den Schiffsahrtsgesellschaften der Fall ist.

— Exkommunizierung französischer Royalisten durch den Papst? Der radikale „Soir“ glaubt berichten zu können, daß der Vatikan den Beschluß gefaßt habe, die Leiter der royalistischen Zeitung „Action Française“, Léon Daubet und Charles Maurras, zu exkommunizieren, nachdem sie sich der Entscheidung des Papstes, der den Katholiken die Lektüre der Zeitung „Action Française“ und der Werke Daubets und Maurras verboten hatte, nicht gebeugt haben.

— Japan aus China. Im japanischen Oberhaus erklärte der Minister des Auswärtigen, die von Japan besetzte Politik der Nichtmischung in die chinesischen Angelegenheiten bedeute nicht, daß Japan seine Interessen in China vernachlässige. Zwischen den Mächten, fuhr der Minister fort, besteht eine moralische, jedoch nicht materielle Zusammenarbeit. Großbritannien zeigt Vertrauen zu Japan. Es handelt sich um die an China gerichteten Memoranden. Die Klugheit gebiete jedoch, über das Thema und die Art der zwischen Briten, Japan und Englands geführten Verhandlungen stillschweigen zu bewahren.

Wirtschafts- und Steuerpolitik. Die Einfuhr nach Frankreich belief sich im Monat Januar 1927 auf 4 064 152 Tonnen im Werte von 4 079 032 000 Francs. Das bedeutet gegenüber dem Monat Januar 1926 eine Erhöhung um 451 176 Tonnen und eine Vergrößerung um 417 742 000 Francs und gegenüber dem Vormonat Januar 1927 eine Erhöhung um 776 724 Tonnen und eine Erhöhung um 368 843 000 Francs. Die Einfuhr für den Monat Januar 1927 belief sich auf 2 791 338 Tonnen im Werte 4 708 855 000 Francs. Gegenüber dem Monat Januar 1926 ergibt sich eine Erhöhung um 524 178 Tonnen und 849 655 000 Francs sowie gegenüber dem Monat Januar im Jahre 1913 eine Erhöhung um 1 482 397 Tonnen und 4 290 780 000 Francs. Die Handelsbilanz vom Januar 1927 schließt mit einem Plus an Ausfuhr von 629 763 000 Francs ab.

Der Reichsetat für 1927.

Einige große Rede des neuen Finanzministers.

Berlin, 16. Februar.

Im Reichstag begann heute die Beratung des Etats für 1927, die mit einer großangelegten Rede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Brücker eröffnet wurde.

Reichsfinanzminister Dr. Brücker.

In seinen Ausführungen über die gesamte Finanzpolitik des Reiches bemerkte der Minister, daß der Etat für 1927 im Ordinarium nach den bisherigen Ergebnissen im ordentlichen Haushalt ohne Fehlbetrag abschließt und daß sich sogar ein verhältnismäßig kleiner Ueberschuß ergeben wird. Zur Deckung des außerordentlichen Haushalts in Höhe von 940 Millionen stehen zunächst nur der Erlös der Anleihe mit rund 450 Millionen und eine Schenkungnahme bei der Reichspost von 100 Millionen zur Verfügung.

Die Steuererfassungspolitik des Jahres 1926 hat auf die Wirtschaft belebend und fördernd eingewirkt. Die Umsatzsteuer wird den Etatsanfang auf 974 Millionen nicht erreichen, da nur mit einem Auskommen von rund 840 Millionen zu rechnen ist. Das Argument, daß eine Ermäßigung der Steuerlast ein höheres Steuerauskommen zur Folge habe, hat sich also gerade bei der Umsatzsteuer, einer ausgesprochenen Konjunktursteuer, nicht als zutreffend erwiesen, wie auch der erwartete Erfolg einer Preisbindung nicht eingetreten ist.

Der Minister ging dann auf den Etat für 1927 näher ein und wies darauf hin, daß die angenommene weitere Verringerung unserer Wirtschaftslage in den Einnahmenseiten bereits sehr stark berichtigt ist. Riefengroß erhebt sich die gesteigerte Reparationslast, den ganzen inneren Etat unheilvoll beeinflussend. Die gesamte Belastung des Reiches stellt sich auf rund 8 Milliarden im ordentlichen und 536 Millionen im außerordentlichen Etat. Der Minister erklärte weiter, daß in der Frage der allgemeinen Erhöhung der Bezüge der Beamten und Kriegsbefähigten die wiederholt gemachten Zusagen selbstverständlich nach Maßgabe des finanziell Möglichen zu gegebener Zeit vollzogen werden müssen. Aber auch hierfür stehen im Etat 1927 noch keinerlei Mittel zur Verfügung. Wenn man weiter die Notlage der Kleintrentner berücksichtigt, so muß man die mehrfache Ankündigung meines Vorgängers über die Schwere des Jahres 1927 als durchaus zutreffend bezeichnen.

Wirtschaftslage und Steuerpolitik.

Das für uns so harte Jahr 1927 trifft eine Wirtschaftslage, die nicht ohne Sorge ist. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1927 hat sich die Belebung, die im Jahre 1926 eingetreten ist, im wesentlichen behaupten können.

Man darf aber nicht übersehen, daß die Wirkungen, die vom englischen Vergarbeitsstreik ausgegangen sind, allmählich wieder normalen Verhältnissen Platz machen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Zahl der Erwerbslosen immer noch gefährlich hoch ist. Eine Wirtschaft mit 1½ Millionen Arbeitslosen ist von der Gesundung noch recht weit entfernt. Die Gesamtlage erscheint noch immer recht schwierig.

Schließlich muß das ausländische Kapital auch verzinst und wieder einmal zurückgezahlt werden. Vor allem aber bedeuten die rasch wachsenden Reparationslasten einen Kräfteabzug, der nicht ohne Wirkung bleiben kann. Diese von Gefahren nicht freie Lage erfordert in erster Linie eine überaus pflegliche Behandlung der Steuerquellen, keine fiskalische, sondern eine nach volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten geführte Finanz- und Steuerpolitik. Die Reichsregierung ist entschlossen, ihre Politik durchaus nach diesem Leitgedanken einzurichten. Sie weiß, daß

die Wirtschaft, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfasst, gelunden muß, um die Lasten tragen zu können.

Die Finanz- und Steuerpolitik

muß nach volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten unter Ablehnung jeglicher Verschonungsbestrebungen durchgeführt werden. Neue Steuerlasten müssen überhaupt vermieden und darüber hinaus Steuererleichterungen, besonders bei den Verbrauchs- und den Realsteuern vorgenommen werden. Die Beamtenbesoldung der Reichsfinanzverwaltung bedarf dringend der Entlastung und muß vor unberechtigten Angriffen aus der Öffentlichkeit geschützt werden. Der Etat für das Jahr 1927 ist trotz aller Abstriche immer noch außerordentlich aufwendig. Der aufzubringende Betrag an Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben beträgt für das Reich 7,8 Milliarden, für die Länder 3,2 Milliarden, für die Gemeinden 2 Milliarden. Ganz besondere Beachtung erfordert die Anleihenwirtschaft des Reiches. Die Zahlungen für Kriegs- und Reparationslasten betragen alles in allem 2,5 Milliarden.

Der unumgängliche Dawes-Plan.

Der Minister geht dann im einzelnen auf die Zahlungen aus dem Dawes-Abkommen ein. Er erkenne im gegebenen Augenblick noch keine Möglichkeit, wie wir trotz allen guten Willens diese Beiträge aufbringen können. Deutschland werde weiterhin tun, was in seinen Kräften stehe, die übernommenen Verpflichtungen loyal zu erfüllen. Es müssen ihm hierzu aber auch die notwendigen Voraussetzungen gegeben werden. Eine schwerwiegende Volkswirtschaft sei außerstande, Milliardenlasten für Reparationszwecke aufzubringen.

In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Minister eingehend die Personalpolitik und die Haushalte der einzelnen Ministerien.

Im außerordentlichen Haushalt des Reichsarbeitsministeriums seien 130 Millionen für Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose eingelegt. Auch das besetzte Gebiet sei besonders bedacht.

Zur Ablösung der alten Reichsanleihen erklärte der Minister, sie werde, wie er bestimmt hoffe, um die Mitte des Jahres abgeschlossen sein. Die Ablösung der Neubefristung werde in der nächsten Zeit beginnen. In der

Aufwertungsforderung

werde an den Grundzügen der jetzigen Regelung festzuhalten sein. Den Gedanken der Umwandlung der aus der Anleiheablösung hervorgegangenen sogenannten Auslosungsscheine in eine verzinsliche Anleihe wies der Minister als undurchführbar zurück.

Eine Frage von besonderer Schwere, eine Schicksalsfrage, bedeute die Frage des Ausgleichs der durch die Liquidation deutschen Eigentums Deutschen zugefügten Schäden. Die Schwierigkeiten unserer Staatswirtschaft nötigten hier zu schmerzlicher Zurückhaltung.

Finanzausgleich.

An den Schluß seiner Darlegungen stellte der Minister die Frage des Finanzausgleichs, deren Lösung uns auf den Nägeln brenne. Ich stehe, so fuhr der Minister fort, auch hier durchaus auf dem Boden des Staatsgrundgesetzes von Weimar: Das Reich steht über den Ländern, deren Eigenleben aber in streng festgelegten Formen durchaus garantiert ist.

Die Rede des Finanzministers rief namentlich in ihrem ersten Teile lebhafteste Bewegung im ganzen Hause hervor. Die Ankündigung einer Besoldungsreform unter Abkehr von dem bisherigen System der ehemaligen Beihilfen wurde ebenso wie der übrige Teil der Rede von der Mehrheit beifällig aufgenommen.

Abg. Dr. Pögg (Soz.) betonte, die Hoffnung auf eine wesentliche Erleichterung der Lage für die gesamte deutsche Wirtschaft habe sich nicht erfüllt. Für die Unternehmerschaft sei das verfloßene Jahr allerdings ein Jahr wesentlicher Besserung geworden. Die Nahrungsmittelpreise seien unter dem Einfluß der Zoll- und Handelspolitik in die Höhe getrieben und in der Landwirtschaft dadurch das Mißverhältnis zwischen Preisen und Kosten beseitigt worden. Noch günstiger sei die Entwicklung in der Industrie gewesen und auch auf dem Kapitalmarkt habe sich die Lage erheblich gebessert. Das günstigste Bild zeige die Börse. Die Rationalisierung sei nach Methoden durchgeführt worden, die den Unternehmern alle Vorteile sicherten, der Gesamtheit aber alle Nachteile und Kosten aufbürdeten. Der Reallohn sei gesunken, obwohl die Leistungen der Arbeitskräfte sich wesentlich erhöht hätten. Um so vertretlicher sei der Widerstand der Unternehmer gegen den Achtstundentag und der Zwang zur Leistung von Ueberschüssen. Angesichts der wachsenden Erwerbslosigkeit und der zunehmenden Dauer der Erwerbslosigkeit der

einzelnen könne von einem bedeutenden Einfluß der Steuerermäßigung auf die Volkswirtschaft nicht gesprochen werden. Noch immer ruhe der größte Teil der deutschen Steuerlast auf den Massen des Volkes. Weiter forderte er eine stärkere Anspannung der Hauszinssteuer und lehnte eine Mißleistung als im gegenwärtigen Augenblick unverantwortlich ab.

Abg. Obersohn (Dnl.) erinnert an eine der letzten Reden des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reinhold, in der ein erfreulicher Ueberschuß aus dem Etatsjahr 1926 angekündigt wurde. Dieser überhäufende Optimismus sei jetzt gründlich durch die Tatsachen widerlegt. Jetzt stehe das Reich vor schweren finanziellen Sorgen angesichts des Anwachsens der Dawes-Lasten und des Fehlens der früheren Rezerden. Durch die Erfüllung der Auflage, daß alle Lasten der Erwerbslosenfürsorge vom Reich übernommen werden sollen, würden die Reichsfinanzen in eine geradezu katastrophale Lage kommen. Der Etat für diesen Zweck überhäufte keine Ausgaben vor. Wenn überhaupt ein Ueberschuß erzielt wird, dann muß in erster Linie an

die notleidenden Kleintrentner

gedacht werden. Die neue Beamtenbesoldungsordnung darf nicht mehr zu lange hinausgeschoben werden. Die Hinausschiebung des endgültigen Finanzausgleichs könne nur unter der Bedingung erfolgen, daß schon im Sommer oder Herbst eine Neuordnung der Realsteuern der Länder und Gemeinden und der Hauszinssteuer erfolgt.

Die Hauszinssteuer

darf nicht zu einem dauernden Finanzierungsmittel der Länder und Gemeinden werden. Die Senkung der Reichsteuern bleibe unwirksam, wenn nicht auch die Realsteuern der Länder und Gemeinden durch Reichsgesetz beschränkt werden. Er erklärt die Bereitwilligkeit seiner Partei, dem Finanzminister bei der Ueberwindung der gegenwärtigen schweren Lage zu helfen.

Darauf wurde die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

Lezte Nachrichten.

Verlängerung des deutsch-französischen Handelsvertragsprovisoriums.

Berlin, 16. Februar. Wie die Blätter erfahren, ist das deutsch-französische Handelsvertragsprovisorium um drei Monate verlängert worden. Die Franzosen haben das Recht, mit zehntägiger Frist das Abkommen zum 31. März zu kündigen. Die deutsche Delegation wird zur Weiterführung der Handelsvertragsverhandlungen am 22. Februar in Paris eintreffen. Die Basis für die weiteren Verhandlungen wird der neue französische Zolltarif bilden.

Preussischer Landtag.

Berlin, 16. Februar.

Ein volksparteilicher Antrag, der das Staatsministerium ersucht, dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der, nach dem Vorbild Sachsens, auch für Preußen Industrie-schaften errichtet, die bestimmt sind, der mittleren und kleineren Industrie sowie dem Handwerk und dem Einzelhandel langfristige Kredite zu gewähren, geht an den Hauptausschuß.

Es folgt die Beratung der Resolutionen des Hauptausschusses zur Hannoverschen Typhusepidemie.

Der Hauptausschuß empfiehlt in seinen Anträgen, der Stadt Hannover für hygienische und sanitäre Vorbeugungsmaßnahmen einen Zuschuß von insgesamt 3 Millionen Reichsmark zu gewähren.

Finanzminister Dr. Brücker-Krösch erkennt die schweren Schäden an, die die Hannoversche Typhusepidemie hervorgerufen hat, betont aber, daß die Staatsregierung an dem Standpunkt festhalten müsse, nicht mehr als ein Drittel der zur unmittelbaren Bekämpfung der Krankheit entstandenen Kosten beizusteuern. Es sei ferner nicht Sache der Staatsregierung, der Stadt Hannover Darlehen zu geben.

In der Abstimmung finden sämtliche Ausschusseinträge mit großer Mehrheit Annahme.

Es folgt die zweite Beratung der Gewerbesteuer für das Jahr 1927, die bekanntlich bereits ausführlich im Ausschuss erörtert wurde.

Ausschußberichterstatter Abg. Dr. Reumann-Frohnau (D. Vp.) erklärt, daß im wesentlichen in den Ausschussberatungen die Re-

Der Sternfrug.

3) Kriminal-Roman von Adolf Streckfuß.

Deutscher Probing-Verlag, Berlin W. 66. 1926.

Der Fremde sah mit einer bewundernswürdigen Virtuosität, die Bratenstücke verschwanden spurlos; erst als der Teller leer war, legte er befriedigt die Gabel nieder. — „Jetzt ein Glas Wein, Herr Wirt,“ sagte er schmunzelnd. „Sie sollen leben! — Ein Wirt, der auf diesem öden, einsamen Stationshaus den Reisenden mit einem so guten Essen und mit solchem Rotwein labt, verdient, wenn die Rechnung nicht zu hoch ist, die Unvergessenheit! Stoßen Sie an! Sie sollen leben, Herr Braun!“

Herr Braun hörte mit großer Bewunderung seinen Namen nennen. „Sie kennen mich?“ fragte er.

Der Fremde lachte. „Ich bin kein Gegenmeister! Hier auf dem Teller steht ja der Name Braun deutlich genug mit großer, schöner Schrift, außerdem aber hat mich auch der Bahnhofswirt von M... an Sie verwiesen; er meinte, Sie würden aus alter Freundschaft für ihn sich meiner wohl ein bißchen annehmen und mir Auskunft geben über diesen oder jenen Herrn aus hiesiger Gegend, da ich hier zum ersten Male reise!“

Die niedliche Kellnerin Sophie horchte hoch auf. Also doch ein Reisender, wer hatte das denken sollen, sah er doch ganz aus wie der schönste Offizier, und er lächelte auch ebenso derb und unverschämte!

Herr Braun war vielleicht nicht weniger überrascht; er hatte den Herrn für einen Gutsbesitzer gehalten; daß er nun in ihm einen einfachen Handlungsreisenden fand, war ihm indessen gar nicht unklar; er hatte dadurch die Hoffnung, ihn künftig bei jeder Reise in diese Gegend wieder zu bewirten. Deshalb entschloß er sich auch, ganz abgesehen von der Empfehlung seines alten Prinzipals in M... dem Reisenden so gute Auskunft zu geben, wie irgend möglich. — „Siehe gern zu Diensten, soweit meine Bekanntheit reicht. Mit wem aber habe ich die Ehre?“

Der Fremde zog auf diese Frage des Herrn Braun ein zierliches Visitenkartentäschchen hervor, aus

diesem nahm er eine elegante Karte, welche er dem würdigen Wirt überreichte. Dieser las:

„Cornelius Steinert, Reisender für das Haus der Herren W. Oldecott u. Co. in Berlin.“ — „Oldecott u. Co., große Firma, ich habe den Namen schon oft gehört, weiß aber wirklich nicht.“

„Hier, Herr Braun, diese Geschäftskarte wird Sie besser informieren,“ unterbrach ihn Herr Cornelius Steinert, indem er ihm eine zweite, größere Karte übergab. Sie lautete: „W. Oldecott u. Co., Fabrik und Engros-Lager von Zigarren, Rauch- und Schnupftabaken, Engros-Verkauf der edelsten Weine aller Länder, Engros-Einkauf und Verkauf von Wolle, Fellen, aller Arten Getreide, Sämereien und aller in das landwirtschaftliche Gebiet einschlagenden Maschinen usw. Empfohlen durch Cornelius Steinert.“ Der Name Cornelius Steinert war auf dieser sonst gedruckten Karte mit wunderschöner Schrift geschrieben.

„Sie kennen mich nun, Herr Braun,“ fuhr Steinert fort. „Aus der Reichhaltigkeit unseres Geschäftes können Sie ersehen, daß mir daran gelegen sein muß, sowohl in den besten Firmen in den benachbarten Städten, als auch mit den Gutsbesitzern, denen ich unbefristet Kredit geben kann, in Verbindung zu treten. Ich bin hier ganz unbekannt, da kann man abschaulich reinfallen, wenn man nicht guten Rat bekommt; aber Herr Bottrich in M... hat mir gesagt: „Auf meinen alten Braun können Sie sich verlassen, der ist treu wie Gold. Entweder er sagt nichts, oder er gibt Ihnen Auskunft so gut er kann.“

„Soll geschehen, Herr Steinert. Natürlich strengste Diskretion.“

„Selbstverständlich. Also zuerst“ — er sah in seinem Notizbuch nach, — „in Weutlingen — nach Weutlingen kommen wir später, das Reist nehme ich auf dem Rückwege mit und komme vorher noch einmal zu Ihnen — also in Weutlingen E. D. Heiwald. Ein feines Haus? Nicht wahr?“

Herr Braun machte ein ziemlich langes Gesicht; er hatte offenbar gleich bei dieser ersten Frage keine rechte Lust, mit der Antwort herauszugehen. — „hm — hm — Herr Senator Heiwald! — freilich ein feines Haus steht, aber —“

„Über?“

„Über, das heißt, dabei ist eigentlich kein Über. Wenn Sie Geschäfte mit dem Herrn Senator machen wollen, steht ist er Ihnen ebenso sicher, wie sein Bruder, der Herr Karl von Heiwald auf Bromberg.“

„Jetzt? Also früher nicht? Was ist's mit dem Senator Heiwald? Sie haben zu viel oder zu wenig gesagt, Herr Braun.“

„hm, — man verbrennt sich eben nicht gern den Mund!“

„Strengste Diskretion, Herr Braun! Mein Wort darauf. Was Sie mir auch sagen mögen, niemand soll erfahren, daß Sie es mir gesagt haben. Stoßen Sie an darauf.“

Sie stießen an und leerten die Gläser; die zweite Flasche ging schon ziemlich auf die Reize; auf einen Wink Steinerts holte die Kellnerin eine dritte. Herrn Steinert merkte man es nicht an, daß er fleißig sein Glas gefüllt hatte, wohl aber Herrn Braun, dessen rundes Gesicht fast so rot war, wie sein guter Wein; der löste ihm auch die Zunge und machte ihn mitteilbarer, als er sonst wohl gewesen wäre. Als Herr Steinert ihn nochmals aufforderte, frei von der Leber weg zu reden, schlug er mit der Faust auf den Tisch und rief:

„Warum auch nicht? Was geht mich der Senator Heiwald an? Vor dem fürchte ich mich noch lange nicht und ebensowenig vor dem stolzen Herrn von Heiwald, seinem Bruder! Mag der so vornehm tun, wie er will — wo er sein bißchen Geld her hat, weiß ja doch hier jeder Mann, wenn man auch nicht gern davon spricht.“

„Heraus mit der Sprache, Herr Braun! Strengste Diskretion, mein Wort darauf!“

„Sei's denn, aber das ist eine lange Geschichte! Ich bin es Ihnen übrigens ohnehin schuldig, sie zu erzählen, denn ich kann Sie doch nicht mit gutem Gewissen bei Nacht nach Weutlingen fahren lassen, damit Ihnen auch unterwegs der Hals abgeschnitten wird. Lassen Sie nur ruhig Ihre Koffer auf das Zimmer bringen, heute Abend reisen Sie doch nicht mehr, wenn Sie meine Geschichte gehört haben!“

(Fortsetzung folgt.)

417

Achtung!

Achtung!



Wo

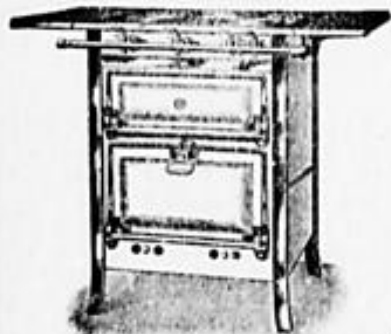
kaufe ich am
billigsten??

im Töpferweg Nr. 1

Prima Pferdefleisch	p. Pfd.	— 20 Mk.
„ ohne Beilage	p. Pfd.	— 30 Mk.
„ Sackfleisch	p. Pfd.	— 30 Mk.
„ Fleischwurst	„	— 30 „
„ Bierwurst	„	— 90 „
„ Cervelatwurst	407 „	— 90 „
„ Schinkenwurst	„	— 90 „
„ Prehkopf	„	— 90 „
„ Rauchfleisch	„	— 70 „
„ Würstchen	pro Stück	— 10 „

Die Wurstwaren sind mit dem besten deutsch. Schweinefleisch verarbeitet und haben kein Wasser noch Mehlgehalt.

Eckhardt Hardt :: Pferdeschlächtere
nur Töpferweg Nr. 1 nur



Gas- u. Kohlenherde
Dauerbrandöfen,
Ofenschirme,
Kohlenkasten,
Kohlenfüller,
Kehrrichtleimer,
Grosse Auswahl!
(1) Billige Preise!

MARTIN REINACH, Eisenhandlg.
Telefon: 932 Bad Homburg, Luisenstrasse 25

Wissen Sie es schon,

402 daß ich nur Qualitätsware führe

Wer billig

kaufen will, lasse sich nicht durch Angebote minderwertiger Ware betören, denn das Beste ist am billigsten. Zufrieden

ist?

derjenige, der seinen Bedarf an Lebensmitteln eindeutlich bei

Heinrich Meier

Telefon 912, Schulstraße 8

Wer bei Einkauf von 1/2 Pfd. Kasse dieses Inserat mitbringt, erhält eine Tafel Milchschokolade gratis.

Verantwortlich für den politischen, Handels- und lokalen Teil Kurt Böcke, für Inserate Christof Dicken-
scheid beide in Homburg.

Konditorei und Café Rothschild Kappen - Abend

am Sonntag abend von 8 Uhr ab
unter Leitung des bekannten
Frankfurter Humoristen

KUNO SCHLEGELMILCH

vom Schumann-Operettentheater Ffm.

Es ladet freundlichst ein

Leo Rothschild.

Damen- Maskenkostüme

zu verleihen.

Urselerstrasse 41 I. l. Hk.
Weberstiftung



Viertelj. RM. 5.55, Halb 0.50
Probierkostenlos, durch jede
Buchhandlg. oder vom Verlag

Existenz!

Für einen großen
konkurrenz. Massenar-
tikel (Deutsches Reichs-
patent) der von
jedermann gebraucht
wird, wird für den
hiesigen Bezirk ein
Strebsamer (415

Bezirks- Vertreter

bei hohem Einkommen
sogleich angestellt. Fach-
kenntn. nicht erforderl.,
dageg. gleich Bedingung
ebenso 300.— Mk. für
Vagerh. Schriftl. Ang.
s. zunächst zu richten an
Willh. Schmitter
Köln am Rhein
Antwerpenstraße 3
Telefon: West 52783

Achtung!

Achtung!



Großer Preisabschlag

nur Kasernenstraße 2 nur

Laden

Prima fettes Pferdefleisch	p. Pfd.	nur 30 Pfg.
„ ohne Knochen	„	40 „
Sackfleisch	„	40 „
Fleischwurst	„	40 „
Würstchen	„	50 „

sowie: Prima Prehkopf, Cervelatwurst, Schinkenwurst,
Mettwurst, Rauchfleisch zu den billigsten Preisen

Alle Wurstwaren sind mit Schweinefleisch stark verbessert.

Großschlächtere Hugo Kehler
Wiesbaden

Filialen:

(298

Homburg, Kasernenstraße 2

Frankfurt a. M., Neugasse 30



Lichtspielhaus

Luisenstraße 89 401 Telefon 433

Heute letzter Tag:

Der Beilchenfresser

u. Süßholz

21b morgen bis einschli. Sonntag:



Die letzte Schlacht
des Kapitan Frank

Der große Marinesfilm in 6 Akten.

Nach dem berühmten Drama von Claude Farrere

Serner:

Das lustige Beiprogramm

Sowie:

Die neueste Hfawochenschau.

Musikalische Illustration Kapellmeister

Chr. Sittenberger

Filmvorführung

„Ein Gang durch die Maggi-
Gutswirtschaft und die Maggi-
Werke in Singen“

am Mittwoch, den 23. u. Donnerstag den 24.
2. 1927 abends 8 1/2 Uhr im Restaurant

„Zum Römer“ Elisabethenstraße 15 412

Anschliessend daran

Verabreichung von

Kostproben

Jedermann willkommen!

Eintritt frei!

Der Veranstalter Wolber.

Thüringer Wurst- und Fleischwarenhaus

Mudensstraße 5

J. Bilz.

Telefon 289

la Pflanzenfett
Palmerol Pfd. 63 Pfg.

408

» Achtung «

la Landbratwurst
Paar 60 Pfg.

Freitag, Samstag

Ausnahmefage!!

la Blutwurst	40 Pfg.
„ Leberwurst	40 „
„ Prehkopf	40 „

la Knackwurst	45 Pfg.
„ Cervelatwurst	50 „
„ Schlackwurst	50 „
„ Schinken	60 „

Sämtliche Wurstwaren sind unter Garantie in Thüringen hergestellt. Keine Frankfurter Fabrikation.